

02 November 2017 | Bildung

## Gegen den Rotstift bei Bildung

### Arbeitgeberverband Namibias warnt vor Kürzungen im Bildungssektor

**Der Namibische Arbeitgeberverband (NEF) hat eindringlich vor geplanten Kürzungen bei den Bildungsausgaben gewarnt. Dies würde nicht nur das Niveau der Arbeitskräfte senken und die Probleme auf dem hiesigen Arbeitsmarkt vergrößern, sondern auch die nationalen Konzepte bzw. deren Ziele in Frage stellen.**

Von Stefan Fischer, Windhoek

Finanzminister Calle Schlettwein wird heute in der Nationalversammlung die Halbjahres-Haushaltsrevision (Mid Year Budget Review) des aktuellen Finanzjahres 2017/18 vorstellen. Da sich die Finanz- bzw. Einkommenssituation der Regierung nicht grundlegend verbessert hat, kann mit (weiteren) Kürzungen gerechnet werden. Der Arbeitgeberverband NEF appelliert vor der Präsentation des Finanzentwurfs an die Regierung, an der Bildung nicht zu sparen.

Mit einem Offenen Brief an die Ministerinnen für Grundbildung sowie für Höhere Bildung hat der Verband die Politikerinnen in eigener Sache und im Namen der Nation aufgerufen, die Bedenken hinsichtlich einer Kürzung der Bildungsausgaben vorzubringen. Man sei sich bewusst, dass die Regierung sparen müsse,



(<https://d3rp5jatom3eyn.cloudassets/images/4856/gegen-den-rotstift-bei-bildung2017-11-020.jpg>)

Unterricht in einer staatlichen Schule in Rehoboth. Die Regierung hat erst die verpflichtenden Schulgebühren verboten, aber die fehlenden Finanzen nur teilweise kompensiert und diesen Zuschuss dann gekürzt. Das hat die Bildungseinrichtungen in große Schwierigkeiten

und wolle die Finanzsituation weder untersuchen noch kommentieren. Allerdings müsse man sich dem „sehr wichtigen Aspekt der Zuweisung des Bildungsetats“ widmen.

gebracht. Foto: Nampa

„Wenn wir den Bildungshaushalt um ein Drittel kürzen, können wir dann erwarten, dass wir die Erwartungen der Vision 2030 und irgendeins der bewundernswerten Ziele von Harambee erfüllen?“, fragt NEF-Präsident Elia Shikongo in dem Offenen Brief. Er führt weiter aus: Schon seit Jahren beklagten sich der Öffentliche Dienst und der Privatsektor über die „Qualität und die Effektivität unseres Bildungssystems. Die Sorge ist folgende: Wie können wir möglicherweise darauf hoffen, die Lebensqualität derjenigen zu verbessern, die momentan benachteiligt sind, wenn es unzureichende Mittel gibt, ein würdiges, adäquates Bildungssystem aufzubauen?“.

Menschen zu entwickeln und voranzubringen sei „wie ein Haus zu bauen“, führte der NEF-Präsident aus. Aber: Wenn das Fundament (Grundbildung) nicht stark genug sei und die Wände (höhere Bildung) schief seien und Risse aufweisen, sei „die Wahrscheinlichkeit, dass das Haus einem heftigen Wind oder wolkenbruchartigen Regen widersteht, begrenzt“. Und auf die Nation gemünzt bedeute dies: „Eine schlechte und schwache Grundbildung wird nicht die notwendige höhere Bildung unterstützen.“ Und weiter: „Ein qualitatives und gut finanziertes Bildungssystem wird unsere Ökonomie zum Wachstum antreiben und es uns ermöglichen, Tausende zu beschäftigen, die einen Arbeitsplatz brauchen und einen würdigen Job beanspruchen.“

Der Arbeitgeberverband appelliert dringend an die Regierung, die Bildungsausgaben wieder auf das Niveau von 2016 zu bringen und dann „jährlich um mindestens zehn Prozent zu erhöhen“. Andererseits prognostiziert NEF-Präsident Shikongo: „Wenn wir als Nation die Bildung gefährden, werden wir darin versagen, unsere künftigen Generationen einzubeziehen.“

Nachdem die Regierung in den vergangenen drei Jahren die verpflichtenden, von den Eltern zu zahlenden Schulgebühren für staatliche Grund- und Oberschulen abgeschafft und nicht auf gleichem Niveau kompensiert hat, sind diese Einrichtungen in große (Finanz-)Schwierigkeiten geraten. Im August kündigte

Bildungsministerin Katrina Hanse-Himarwa dann an, auch die finanzielle Unterstützung für Privatschulen zu überprüfen; dabei wurde als Ziel genannt, „diese Unterstützung zu reduzieren und wo geeignet zu beenden“ (AZ berichtete).